



Leseprobe aus Binner und Scherschel, Fluchtmigration und Gesellschaft,
ISBN 978-3-7799-6122-2

© 2020 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?
isbn=978-3-7799-6122-2](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-6122-2)

Einleitung

Karin Scherschel und Kristina Binner

Weltweit sind Millionen von Menschen auf der Flucht. Ihre Zahl hat ein bis dato einmaliges Ausmaß erreicht: Global gesehen waren es Mitte 2019 70,8 Millionen (UNHCR 2019). Die Wenigsten erreichen die Länder des globalen Nordens, 85 Prozent leben im globalen Süden. Der Großteil des quantitativ betrachteten bedeutsamen Fluchtgeschehens findet somit außerhalb Europas statt. Zwei Drittel der Geflüchteten in den Aufnahmeländern kommen aktuell aus den fünf Ländern Syrien, Afghanistan, Somalia, Myanmar und Südsudan (ebd., S. 3). Laut der Flüchtlingshilfsorganisation der Vereinten Nationen, dem UNHCR, sind die wichtigsten Auslöser des gegenwärtigen globalen Fluchtgeschehens erstens Kriege, Bürgerkriege und die Auseinandersetzungen bewaffneter Gruppen, zweitens Armut und Hunger, drittens die Folgen des Klimawandels¹ und viertens Menschenrechtsverletzungen.

Der vorliegende Band betrachtet die Dynamiken weltweiter Fluchtmigrationen als Resultat einer global ungleichen Verteilung von Wohlstand und gravierender Unterschiede bezüglich der Gewährleistung von Staatsbürger*innen- und Menschenrechten. Der gesellschaftliche Umgang mit Fluchtmigrationen wird durch widersprüchliche Dynamiken geprägt. Einerseits ist die Anerkennung menschenrechtlicher und völkerrechtlicher Prinzipien, wie die der Genfer Flüchtlingskonvention, zu einem Bestandteil des politischen Selbstverständnisses von Nationalgesellschaften und ihrer Rechtsordnungen geworden. Dies ist nicht folgenlos: Politiken, die auf eine Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen ausgerichtet sind, geraten unter Legitimationsdruck. Da die Menschenrechtsidee gesellschaftlich nicht nur als formal-rechtliches, sondern auch als normativ-moralisches Projekt bedeutsam ist, werden Zuwanderungsbegrenzungen skandalisierbar, wenn es gelingt, sie als Verstoß gegen Prinzipien einer an universellen Menschenrechten orientierten Moral darzustellen. Andererseits dient der Verweis auf national definierte Eigeninteressen als zentrale Legitimationsgrundlage einer auf Migrationskontrolle basierenden Politik (Scherr/Scherchel 2019). Die Abwehr von Migrant*innen findet sowohl an den Gren-

1 Die sozialen Folgen des Klimawandels zählen laut UNHCR zu den zentralen Motoren der Fluchtmigration und gelten als eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Prognosen zufolge werden in den kommenden 50 Jahren zwischen 250 Millionen und einer Milliarde Menschen zu Umweltflüchtlingen, siehe www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/fluchtursachen/fluchtursache-klimawandel (Abfrage 09.02.2019).

zen als auch im Inneren der Aufnahmeländer statt. Eine Konsequenz daraus ist, dass die Aufnahmechancen Geflüchteter maßgeblich durch die Verfügung über arbeitsmarktrelevante Qualifikationen oder finanzielle Mittel, durch ihre Herkunftsstaatsbürgerschaft sowie ihre Geschlechtszugehörigkeit beeinflusst werden (Buckel 2013; Scherschel 2018).

Seit dem langen Sommer der Migration (Hess et al. 2016) wurden in unterschiedlichen Ländern die Aufenthaltsbedingungen der dorthin Geflüchteten zunehmend restriktiver gestaltet. Maßnahmen zielen u. a. auf die Beschleunigung der Asylverfahren, die Verschlechterung der Aufenthalts- und Unterbringungsbedingungen von Geflüchteten oder die Einstufung einer wachsenden Zahl von Ländern als sichere Herkunftsstaaten (vgl. Scherr in diesem Band). Begleitet werden diese Restriktionen in den im vorliegenden Band untersuchten Ländern Österreich und Deutschland durch medienwirksame Debatten, die Geflüchtete als Bedrohung inszenieren, und den Aufschwung sowie die Wahlerfolge rechter Parteien (vgl. mediale Debatten in Österreich, Rheindorf/Wodak in diesem Band).

Zweifelsohne hat die Fluchtmigration dennoch eine breite Welle der Solidarität und Unterstützung ausgelöst. Vielerorts formieren sich in Deutschland wie in Österreich Proteste gegen Abschiebungen. Es sind im Zuge der Zuwanderung soziale Kontakte zwischen Geflüchteten und Bevölkerung entstanden. Studien verweisen auf eine Alltagssolidarität im Umfeld der Ankunftscentren, in den Städten und Gemeinden (für Deutschland: Gesemann/Roth 2016; Schiffauer/Eilert/Rudloff 2017; für Österreich: Simsa 2016). Aus den ursprünglich spontan gegründeten Initiativ- und Helfer*innengruppen sind zwischenzeitlich zum Teil stabile Strukturen entstanden (s. BIM 2016; Kleist/Karakayali 2016). In verschiedenen Städten in Deutschland und teilweise in Österreich² gewinnen zudem Konzepte an Einfluss, die sich am Vorbild der *solidarity cities* und *sanctuary cities* aus dem angloamerikanischen Raum orientieren. Städte sollen demnach für alle Einwohner*innen unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel angstfreie Orte sein. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen soll gewährt und Abschiebungen verhindert werden (Schilliger 2018; Aigner/Kumnik 2018; Kron 2017).

Hinweise auf solidarische Praktiken und Einstellungen lassen sich auch in Umfragen in Deutschland finden. So setzten sich ca. 12 Prozent der Bevölkerung aktiv für Flüchtende ein (Ahrens 2016, S. 16 f.). Eine deutliche Mehrheit

2 In Österreich gibt es in zahlreichen Städten Initiativen solidarischer Praxis (z. B. „Recht auf Stadt für alle“, Wien), die jedoch nicht thematisch unter dem Label „solidarity city“ zusammengefasst oder in dem EU-Netzwerk „solidarity-city-eu“ registriert sind. Wichtig zu nennen ist hier z.B. die Initiative UNDOK (Wien), eine gewerkschaftliche Vertretung für Arbeitnehmer*innen mit und ohne Dokumente <https://undok.at/de/ueber-uns/>. (Abfrage am 13.04.2019).

der Bevölkerung (56 Prozent) bejaht 2016 die Frage „Kann Deutschland die vielen Flüchtlinge verkraften?“ (Forschungsgruppe Wahlen/ZDF Politikbarometer 2016). In den Ende 2015, Anfang 2016 erhobenen Daten des Forschungsprojekts ‚Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit‘ (Zick/Preuß 2016, S. 21) findet der Satz „Jeder Flüchtling hat das Recht auf eine bessere Zukunft – auch in Deutschland“ Zustimmung bei 72,9 Prozent der Befragten.

In Österreich lassen sich ähnliche Entwicklungen beobachten: In einer aktuellen Umfrage bewerteten 91 Prozent der Bürgermeister*innen die Arbeit der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen als „sehr gut“ oder „gut“ (SORA 2018, S. 11). Gemeinden mit Flüchtlingen bestätigen, dass sich die Einstellung der Bevölkerung heute, verglichen mit dem Zeitpunkt der Aufnahme der ersten Flüchtlinge, deutlich verbessert hat. Waren anfangs nur 30 Prozent der Bürger*innen „sehr positiv“ oder „eher positiv“ eingestellt, so liegt der aktuelle Wert bei 56 Prozent (SORA 2018, S. 7). Hatte eine Umfrage unter den Bürgermeister*innen 2016 ergeben, dass 34 Prozent die Hoffnung hegen, dass die geflüchteten Menschen in der Gemeinde bleiben, ist dieser Wert zwei Jahre später auf 42 Prozent gestiegen (SORA 2018, S. 6).

Die Aufnahme und Integration derer, die nach Europa gelangen, aber zunehmend auch ihre Abschreckung und Abwehr sind seit einigen Jahren zentrale Topoi in nationalen und internationalen Debatten in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft.

Die im vorliegenden Band versammelten Beiträge diskutieren verschiedene Aspekte des Fluchtgeschehens in den Aufnahmegesellschaften, und konzentrieren sich dabei auf die Situation in Deutschland und Österreich. Das heißt sie behandeln angesichts der globalen Dimension des Phänomens nur einen kleinen Ausschnitt und beziehen sich allesamt auf die durch den langen Sommer der Migration (Hess et al. 2016) ausgelösten gesellschaftspolitischen Dynamiken. Die gesellschaftlichen Umgangsweisen mit den gegenwärtigen Fluchtbewegungen sind höchst widersprüchlich, sie sind fraglos durch drastisch verschärfte Gesetzgebungen und mediale Abwehrdebatten, aber auch durch arbeitsmarktpolitische Integrationsbestrebungen im Horizont ökonomischer Verwertungsinteressen und Solidaritätsbewegungen geprägt. Die Autor*innen des Sammelbandes diskutieren in exemplarisch ausgewählten Bereichen wie der Zivilgesellschaft, der Sozialen Arbeit, den Medien und dem Arbeitsmarkt den gesellschaftlichen Umgang mit Fluchtmigration.

Wie zivilgesellschaftliche Gruppen politisch agieren und mit welchen Fallstricken sie in ihrem ehrenamtlichen Engagement angesichts gesellschaftspolitischer Dynamiken, wie den Transformationen des Wohlfahrtsstaates, konfrontiert werden, ist Thema der Beiträge von Ilker Ataç und Sara de Jong sowie Silke van Dyk. Ilker Ataç und Sara de Jong untersuchen verschiedene Organisationsformen der zivilgesellschaftlichen Flüchtlingshilfe. Vier Unterstützungsorganisationen in Österreich werden empirisch mit Blick auf ihr flüchtlingspolitisches

Selbstverständnis, die Herausforderungen ihrer Arbeit und ihre Aktionsformen analysiert. Deutlich wird, dass die vier jungen Initiativen, die in den letzten zehn Jahren in Österreich entstanden sind, und deren Praxis sich sowohl aus der Erfahrung als NGOs als auch aus der von sozialen Bewegungen speist, innovative Strukturen geschaffen haben, die die Bereitstellung von Leistungen für Geflüchtete mit der Artikulation von radikalen politischen Forderungen nach Veränderung verbinden. Dies geschieht, indem Begegnungsräume geschaffen werden. Gleichwohl sind die Engagierten konfrontiert mit Überforderungsphänomenen, Vereinnahmungserfahrungen und finanziellen Risiken. Die Ambivalenzen flüchtlingspolitischen Engagements sind auch Thema von Silke van Dyk, sie liefert eine Analyse der politischen Ökonomie des Helfens und bettet Aktivitäten der Flüchtlingshilfe in Prozesse des wohlfahrtsstaatlichen Wandels ein. Van Dyk verfolgt die Frage, inwiefern freiwillige Hilfe zu einer neuen Säule der Sozialpolitik wird. Der Beitrag diskutiert Perspektiven solidarischen Engagements, das Hierarchien des Helfens ebenso herausfordert wie die Indienstnahme ehrenamtlicher Hilfe durch den Staat. Die Autorin plädiert für ein „rebellisches Engagement“.

Unterstützung wird nicht nur im Rahmen zivilgesellschaftlicher Initiativen und ehrenamtlichen Engagements, sondern auch im Kontext professioneller Hilfe geleistet. Die Soziale Arbeit ist zweifelsohne ein bedeutsamer Bestandteil der staatlich-politischen Regulierung von Fluchtmigrationen in den Aufnahmegesellschaften und als organisierte und professionelle Praxis damit beauftragt, Inklusion und Exklusion von Geflüchteten auf der Grundlage des geltenden Rechts zu ermöglichen. Dies führt zu strukturellen Spannungen (und damit potenziell zu Konflikten) auch innerhalb der Sozialen Arbeit. Denn einerseits profitiert sie davon, dass ihr im Rahmen der herrschenden Flüchtlingspolitik Aufgaben und damit Stellen und Gelder zugewiesen werden. Andererseits hat sie gute Gründe, diese Politik und ihre sozialen Konsequenzen zu kritisieren, wenn diese im Widerspruch zu einer an universalistischen Menschenrechten orientierten Profession stehen (Scherr/Scherschel 2016).

Diese strukturellen Spannungen und Widersprüche sind Thema der Beiträge von Susanne Spindler, Irene Messinger und Kristina Binner. Die Autorinnen diskutieren je unterschiedliche Aspekte der Sozialen Arbeit mit Fluchtmigrant*innen.

Susanne Spindler argumentiert, dass der Auftrag Sozialer Arbeit nicht nur darin zu sehen ist, Menschen in ihrer Selbstbestimmung und bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu unterstützen, sondern ihnen als Rechtsträger*innen dazu zu verhelfen, Rechte zu verwirklichen. Im asylpolitischen Kontext ist sie mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Sie analysiert die Widersprüche professioneller Praxis in den einzelnen Tätigkeitsfeldern und bringt empirisch basierte Erfahrungen von Sozialarbeiter*innen in der Flüchtlingssozialarbeit ein. Sie zeigt, dass Soziale Arbeit in migrationspolitische und

asyl- und aufenthaltsrechtliche Regulierungsprozesse, wie beispielweise die „freiwillige“ Rückkehrberatung involviert ist. Gleichwohl existieren Gestaltungsräume, die Susanne Spindler an Fallbeispielen in Deutschland auslotet. Kristina Binner thematisiert in ihrem Beitrag die alltäglichen Arbeitsanforderungen und Umgangsweisen von und mit Sozialarbeiter*innen, die in Unterkünften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge arbeiten. Die Autorin konzipiert Soziale Arbeit als Form der Sorgearbeit, mit Rückgriff auf Analysen der care-Debatte und der Diskussion um Subjektivierung arbeitet sie am empirisch basierten Fall die prekären Dimensionen Sozialer Arbeit heraus. Irene Messingers Beitrag beleuchtet einen ganz anderen Aspekt der professionellen Arbeit mit Geflüchteten. Sie analysiert die boomenden Qualifizierungsangebote im Bereich Flüchtlingsbetreuung und Beratung. Ausgehend von der Frage, welche Kompetenzen und Mindeststandards in diesem Bereich gebraucht werden, analysiert die Autorin flächendeckend eine Vielzahl an Angeboten in Österreich. Deutlich wird, dass manche Lehrgänge durchaus zur kritisch-reflexiven Auseinandersetzung und zur Einbettung in sozialarbeiterische Diskurse anregen, jedoch manche Kurse vorrangig zur reinen Auftrags Erfüllung im spezifischen Feld der Flüchtlingsarbeit ausbilden.

Solidarischen Reaktionen der Bevölkerung stehen Abwehrpolitiken im nationalen und internationalen Kontext gegenüber. Die konflikthafter Auseinandersetzungen um die Aufnahme/Nichtaufnahme im Inneren der Aufnahmegesellschaften werden durch einen stetigen Prozess des Ausbaus der Kontrolle der nationalen und europäischen Grenzen begleitet. Dies geschieht u. a. durch eine Erweiterung von Überwachungsmaßnahmen, wie den Ausbau der finanziellen Unterstützung und des Zuständigkeitsbereichs der europäischen Grenzschutzagentur Frontex sowie den Einsatz technischer Maßnahmen der Grenzsicherung, die Grenzübertritte von Flüchtenden verhindern sollen. Die sogenannte Externalisierung der Migration wird durch Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern, durch flexible Grenzarrangements, durch die Kontrollen im Inneren (mobile Personenkontrollen) ermöglicht, sowie durch transnationale Kooperationen bei der Identitätsfeststellung, dem Aufbau von Datenbanken und dem Datenaustausch. (s. dazu u. a. Baumann/Lorenz/Rosenow 2011; Hess et al. 2016; Vollmer 2019). Die Thematisierung der unkontrollierten und irregulären Einwanderung und die Sorge um die Zuwanderung in die Sozialsysteme stehen im Fokus der öffentlichen Debatten. Unterschieden wird zwischen erwünschten und unerwünschten Migrant*innen (Scherr/Inan 2018). Fluchtmigrant*innen, denen es gelingt, nach Europa zu fliehen, werden seitens der potenziellen Aufnahmestaaten als irreguläre Migrant*innen behandelt. Deren Zunahme wird als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, der Demokratie und als Gefährdung von Wohlstand und Sicherheit thematisiert. So heterogene Themen wie gewalttätige Attentate, Islam und Flucht werden in gesellschaftspolitischen Diskussionen in unzulässiger Weise amalgamiert und

zur Legitimationsgrundlage der Abwehr von humanitärer Migration, die im Namen einer Prävention vor Terrorismus betrieben wird. Dadurch rücken die Erfordernisse und Möglichkeiten der Steuerung und Begrenzung durch Grenz-sicherung, rechtliche Verschärfungen und die Steigerung der Zahl derer, die das Land verlassen müssen, in das Zentrum der medialen und gesellschaftspoliti-schen Aufmerksamkeit.

Die Beiträge von Albert Scherr, Markus Rheindorf und Ruth Wodak wid-men sich mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen diesen Abwehrhaltun-gen. Albert Scherr befasst sich in seinem Beitrag mit dem gesellschaftlichen Konfliktfeld der Abschiebungen. Er arbeitet nicht nur heraus, wie Deportatio-nen begründet und durchgesetzt werden, sondern auch welche gesellschaftliche Kritik sich an ihnen entzündet. Deutlich wird, wie Abschiebungen aus der nati-onalstaatlichen Perspektive legitimiert werden. Die Konflikte um Abschiebun-gen werden empirisch an einem konkreten Fallbeispiel einer nach Deutschland geflohenen Angehörigen der Roma-Minderheit und ihrer Kinder rekonstruiert. Der Artikel lotet im Horizont der Fallrekonstruktion die Erkenntnisinteressen und Zielsetzungen sozialwissenschaftlicher Flüchtlingsforschung aus. Markus Rheindorf und Ruth Wodak setzen sich in ihrem Artikel mit der Rolle und Bedeutung der Medien im Kontext der Flüchtlingsbewegungen 2015 auseinan-der. Sie zeigen dies am exemplarischen Fall Österreichs und der Debatten zur Schließung der Grenzen sowie zur Festsetzung einer Obergrenze für Asylanträ-ge. Ihre Analyse zeigt, wie Grenzziehungen in Form von Zäunen und Mauern, das Schließen von Grenzen und das Begrenzen von Menschenrechten im Dis-kurs normalisiert und Bedrohungsszenarien und Stereotype geschaffen wurden.

Erwünscht sind solche Migrant*innen, die nationalen Nutzenkalkülen ent-sprechen. Es wird ökonomisch auf die Notwendigkeit von weiterer Arbeitskräf-temigration hingewiesen, die durch politische Maßnahmen angeregt und regu-liert werden soll. Hier spielen insbesondere arbeitsmarktpolitische Überlegun-gen und (trans-)nationale Interessen der Aufnahmeländer eine bedeutsame Rolle. In den letzten Jahren hat sich punktuell eine arbeitsmarktpolitische Öff-nung für Asylbewerber*innen und Geduldete vollzogen, die mit einem partiel-len Abbau von bürokratischen Hindernissen einherging und die Integration von bestimmten Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zum erklärten Ziel erhob. Dennoch sehen sich Geflüchtete de facto mit einer Vielzahl an (bürokratischen) Hürden und Ausnahmeregelungen konfrontiert (Etzold 2018; Farrokhzad 2018; Scherschel 2018; Scherschel 2016).

Die Beiträge von Benjamin Etzold sowie Anna Krämer und Karin Scher-schel befassen sich mit diesen jüngeren arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen in Deutschland. Benjamin Etzold thematisiert in seinem Beitrag Chancen und Hindernisse beim Arbeitsmarktzugang von Geflüchteten. Er lotet die sozialen Positionen von Geflüchteten am Arbeitsmarkt unter Rückgriff auf Pierre Bour-dieus Theorie der Praxis aus. Demnach können das Asylsystem und der Ar-

beitsmarkt als zwei unterschiedliche soziale Felder mit jeweils spezifischen Logiken interpretiert werden. Der Autor arbeitet heraus, dass die Strukturen und Kategorisierungen des „Feldes des Asyls“ die Art und Weise ob und wie sich die Flüchtlinge im „Feld der Arbeit“ positionieren können, beeinflussen. Neue Asylgesetze bringen arbeitsmarktpolitische Selektionsprozesse hervor und schaffen damit Hierarchien zwischen den Geflüchteten. Dies wird auch deutlich im Beitrag von Anna Krämer und Karin Scherschel. Er befasst sich auf der Basis einer empirischen Studie, die den Zugang zum Arbeitsmarkt von hochqualifizierten geflüchteten Frauen untersucht, mit geschlechtsspezifischen Fluchtdynamiken und arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen. Analysiert werden die Hürden, die sich geflüchteten Frauen beim Zugang zum Arbeitsmarkt stellen. Dabei werden diese mit einer paradoxen Situation konfrontiert: Arbeitsmarktpolitisch wird im Rahmen des *adult worker model* ihre Integration gefordert, allerdings bietet der Arbeitsmarkt ihnen größtenteils prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die das Integrationsversprechen nicht einlösen können.

Mit der Diskussion zentraler flüchtlingspolitischer Entwicklungen lädt der vorliegende Sammelband zum Nachdenken über Flucht in Gegenwartsgesellschaften ein. Die Beiträge gehen aus einem Workshop zu „Flucht, Ökonomie und Solidarität“ hervor, der im Juli 2017 an der Universität Wien stattfand. Wir danken der Sir Peter Ustinov Stiftung, dem Linzer Hochschulfonds, der Arbeiterkammer Wien, der Österreichischen Nationalbank, dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und der ÖBB für die Finanzierung des Workshops.

Literatur

- Ahrens, Petra-Angela (2016): Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen. Hannover: Sozialwissenschaftliches Institut der EKD. www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/Fluechtlingsstudie_SP_PW_final.pdf. (Abfrage am 28.3.2019).
- Aigner, Heidrun/Kumnig, Sarah (Hrsg.) (2018): STADT FÜR ALLE! Analysen und Aneignungen. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Baumann, Mechthild/Lorenz, Astrid/Rosenow, Kerstin (Hrsg.) (2011): Crossing and Controlling Borders. Immigration Policies and their Impact on Migrants' Journeys. Opladen: Budrich Uni-Press.
- Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (2016): Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Buckel, Sonja (2013): „Welcome to Europe“ – Die Grenzen des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa“. Bielefeld: transcript Verlag.
- Etzold, Benjamin (2018): Arbeit trotz Asyl? Erlebte Chancen und Hürden von Geflüchteten beim Zugang zu Arbeit. In: Becker, Manuel/Kronenberg, Volker/Pompe, Hedwig (Hrsg.): Fluchtpunkt Integration. Panorama eines Problemfeldes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 319–353.
- Farrokhzad, Schahrzad (2018): Qualifikation und Teilhabe geflüchteter Frauen und Männer am Arbeitsmarkt. Eine geschlechterdifferenzierte Betrachtung. In: Ceylan, Rauf/Ottersbach, Mar-